
Sozialpädagogen und Sozialarbeiter im Schuldienst

Das Land Nordrhein-Westfalen beschäftigt zahlreiche Sozialpädagogen und Sozialarbeiter im Förderschulbereich. Dafür sind seit ca. Oktober 2001 entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt worden.

Das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die zuständige Bezirksregierung, hat mit den Sozialpädagogen und Sozialarbeitern befristete Arbeitsverträge zunächst bis zum 31.07.2002 geschlossen. Die Verträge sind dann durch die Bezirksregierungen, später durch die zuständigen Schulämter, jeweils bis zum 31.07. des Folgejahres, zuletzt bis zum 31.07.2006, verlängert worden. Der Abschluss eines weiteren Verlängerungsvertrages ist nach der Erlasslage nicht vorgesehen.

Zahlreiche betroffene Sozialpädagogen und Sozialarbeiter sind vor die Arbeitsgerichtsbarkeit gezogen und haben Entfristungsklage erhoben. Sie haben einerseits die Feststellung beantragt, dass das Arbeitsverhältnis nicht aufgrund der Befristung mit Ablauf des 31.07.2006 sein Ende finden wird, und andererseits die Verurteilung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Weiterbeschäftigung.

Die Arbeitsgerichtsbarkeit hat antragsgemäß entschieden.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat wegen der eindeutigen Rechtslage gegen die arbeitsgerichtlichen Urteile keine Berufung eingelegt.

Das bedeutet aber nicht, dass sämtliche Sozialpädagogen und Sozialarbeiter streitlos in ein Dauerbeschäftigungsverhältnis übernommen werden. Nur die, die sich einklagen, werden dauerhaft übernommen. Dies wird damit begründet, dass man ein Urteil für die Haushälter der Bezirksregierungen benötige.

21.07.2006